

gen des Völkers, ist besorgt, erhalten und zuungunsten mit befragt:

der Regierung der Wachsamkeit an Solidität fern eine gleiche eine kontrollierte

nen Debatte hat Vort genommen lungen, über das

ndeln, aber nur Verhandlungen in bereitung dieser die Erklärungen erklärte Sarraut, Wünsche, daß

hen Konzent der trechende Sicher- legen!

hen Kammer.

oncour Iprach in deutschen Volks- bahl vom 12. No- er nicht dazu an- dern". Die Re- hl vom 12. No-

h Minister Paul- stonkonferenz", die vom Völkerrund der Wettlauf auf rantie gegen die n einer für alle

h die Beratungen m Paul-Boncour und Ausland er- pakt und erklärte, es Völkerrundes tritt Deutschlands r daran einigend entschlossen sein, nur an Deutsch- rschlag werde von le Sonderabma- ch müßten in den derbehalt der Loga- d bereit zu ver- rte sich Minister

chen.

an der Reiso.

an hat in Gilead

vormittags

ittags

err Dr. Felix hat in

1/2 Uhr;

r.

enetui, Inhalt ein

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1,25 und
0,25 Bezahlgebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1,35 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelieferter 10 Pf. Postgebühren Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „**Sie Herz und Haus**“,
„**Kindergabe**“ und „**Unser Ziel**“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile über deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 20 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 6 Uhr. Postgeb.
Hannover 67 377.

Nr. 248.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 18. November 1933.

15. Jahrgang.

Es ist wohl ein halbes Himmelreich, wo Friede ist.
Luther.

Streiflichter über den Osten.

In der Ostgrenze Deutschlands, dort, wo vor nunmehr 12 Jahren das bedrängte obereschlesische Deutschum mit dem gesegneten Teil seiner Wirtschaft unter die polnische Oberhoheit geriet, gehen seit Wochen beachtliche Dinge vor sich. Das Deutschum schickt sich an, über die Köpfe der bisherigen alten Parteien hinweg zu einer größeren deutschen Einheitsfront zu kommen. Im Vordergrund steht dabei der Gedanke der Bildung einer christlich-deutschen Gemeinschaft. Polnisch-Oberschlesien wird bekanntlich zusammengefaßt in der Wojewodschaft Schlesien, die den beachtlichen Umfang von 4200 Quadratkilometern hat mit einer Einwohnerzahl von beinahe 1 1/4 Millionen. Die Hauptstadt ist Kattowitz. Jeder, der nur irgendeinmal in den letzten Jahren dieses Grenzland besucht, war schon nach wenigen Stunden überzeugt, daß hier keine Regelung von ewiger Dauer geschaffen wurde, und daß auf der anderen Seite die Organisationsform des Deutschums, die sich mehr und mehr in eine Unmenge von Parteien zersplitterte und ihre Schlagkraft dadurch einbüßte einen ganz neuen Charakter erhalten müsse. Die jüngere Generation ist es vor allem, die nunmehr einen neuen Kurs steuert. Bedeutende Führer der Protestanten und der Katholiken gehen von dem Gedanken aus, daß das Konfessionelle ganz zurücktreten müsse und sich die beiden Konfessionen geschlossen die Hand reichen sollen. Unter dem Druck dieser Entwicklung wurde die seither mächtige „Deutsche Katholische Volkspartei“, die eine bedeutende Anhängerzahl zählte, bereits gezwungen, den Forderungen der Neuzeit entsprechend sich zu wandeln und eine Revidierung ihrer veralteten Parteitaktik vorzunehmen. Sie hat auf einer außerordentlichen Generalversammlung in Kattowitz beschlossen, ihre Organisation in eine „Deutsch-christliche Volkspartei“ überzuleiten, um unter der Führung des Senators Dr. Pant den Aufbau der einheitlichen Volksgemeinschaft zusammen mit den evangelischen Christen vorzubereiten. Die Protestanten ihrerseits sind mit ihren besten Köpfen dabei, die geschlossene Abwehrfront zu ermöglichen und sie praktisch aufzubauen. Das gemeinsame Schicksal aller Oberschlesier hat eine gesündere Auffassung in allen volksmäßigen Angelegenheiten über die Schranken der Religion hinweg aufkommen lassen. — Neben der Katholischen Volkspartei treten als Träger der neuen Einheitsbewegung vor allem hervor: die Jugend der „Deutschen Partei“ und des „Deutschen Volksbundes“ und die „Jungdeutsche Partei“. Die letztere entstand schon vor einigen Jahren in Bielefeld, einer Stadt mit etwa 20 000 Einwohnern, die fast alle deutsch sind. Diese Partei konnte neuerdings ihren Anhängerkreis ganz bedeutend vergrößern. Schließlich gelang es ihr mit den beiden anderen Organisationen, der Deutschen Partei und dem Deutschen Volksbund, in Kattowitz eine Einigung herbeizuführen. Man einigte sich auf einen Ausschuß, der mit weitgehenden Vollmachten so schnell wie möglich den Parteienverbund vollziehen soll und dann darüber hinaus die erwähnte Gesamtfront des Deutschums zu erstreben hat. Als die Teilnehmer der in Kattowitz abgehaltenen Tagung ihren Heimweg antreten, wurden 16 von ihnen unterwegs von der polnischen Polizei verhaftet. Unter den Mitgliedern der Jungdeutschen Partei sind dann noch weitere Verhaftungen vorgenommen worden, und die Flugblätter, die schon vor der Kattowitzer Einigung unter die Massen geworfen waren, wurden beschlagnahmt. Allein, diese Umstände können die Einigungsaktion der Deutschen nicht aufhalten. Es kommt etwas hinzu. Die große Wirtschaftskrise Polens lastet auch auf Ostoberschlesien und bringt allmählich auch die weniger Befähigten zu einer besseren Einsicht.

Als Beispiel für diese Wirtschaftskrise sei der katastrophale Rückgang im Kohlenbergbau hier aufgezeigt. Die Zahlen dafür stammen aus der polnischen Presse selbst. Im Jahre 1921 fanden in den polnischen Kohlenbergwerken rund 210 000 Arbeiter Beschäftigung; zu den alten polnischen Gruben kamen durch die neue Grenzregulierung die drei Reviere: das ostoberschlesische, das früher zu Rußland gehörige Dombrowaer Revier und die österreichischen Krakauer Gruben hinzu. Auf dem Gesamtkomplex dieser Bergwerksreviere finden heute nur noch knapp 70 000 Bergarbeiter ihr Unterkommen und ihr Brot. Zwei Drittel aller Bergleute sind also beschäftigungslos geworden. Man schätzt nicht zu hoch, wenn man behauptet, daß gegenwärtig rund eine halbe Million (einschließlich der Familienangehörigen) unter der Kata-

strophe im Bergwerk leidet. Seit dem Herbst 1932 bis zum Sommer dieses Jahres wurden allein 20 000 Arbeiter brotlos. Von diesen entfallen die meisten auf Ostoberschlesien, denn hier war ja der Bergbau am höchsten entwickelt, so daß die Krise jetzt um so schwerer sich auswirkt. Es versuchen viele das Land zu verlassen; sie wanderten vor Jahren stark nach Frankreich aus, wo die polnischen Arbeiter zu Zehntausenden neue Beschäftigung fanden. Es arbeiteten vor einigen Jahren in französischen Bergwerken nicht weniger als 100 000 Polen. Da aber seit geraumer Zeit Frankreich keine fremden Bergarbeiter mehr aufnimmt und auch jene 100 000 nach Möglichkeit wieder abzustößen sucht, so ist der Auswandererweg versperrt. Dieses verschärfte Elend der Polen übt naturgemäß seine dauernden Rückschläge auf die rein deutschen Arbeiter in der Wojewodschaft Schlesien aus.

Um so bewundernswürdiger ist die kulturelle Haltung der Deutschen. Sie sind vor allem besorgt um die Erhaltung und Wiedergewinnung der deutschen Schulen. Im Jahre 1933 allein sind bis jetzt weit über tausend Umschulungsanträge von der deutschen Bevölkerung gestellt worden. Und zwar nicht nur der Deutschen Ostoberschlesiens, sondern der gesamten Grenzmark. Die Abwanderung der deutschen Kinder aus den polnischen Schulen in rein deutsche Schulen ist äußerst stark. Allerdings: etwa 400 der gestellten Anträge wurden von den Behörden für ungültig erklärt, und fortgesetzte Beeinflussungen versuchen die Deutschen von ihrem Vorhaben abzubringen. In diesem Sommer wurde eine Reihe deutscher Schulen auch wieder geschlossen, so daß die Kinder entweder die im Ort befindlichen polnischen Schulen besuchen müssen, oder, wenn im Umkreis eine deutsche ist, stundenweit zur Nachbarschule gehen können. Einigerorts sind keine deutschen Lehrer vorhanden. Für eine deutsche Minderheitsschule in Polen wird der Besuch von mindestens 40 deutschen Kindern vorgeschrieben. Man muß demgegenüber auf die große Freiheit der polnischen Minderheitsschulen in den deutschen Grenzgebieten hinweisen. Von den 23 polnischen Minderheitsschulen im ostpreussischen Bezirk ist nicht eine einzige mit einer so hohen Kinderzahl besetzt. Rund 30 ist die höchste Zahl, die polnischen Kinder erreichen; und zwar werden nur vier Schulen von mehr als 20 Schülern besucht; ein Dutzend Schulen zählt nur je 15 Schüler oder weniger, und einige sogar nur 7—9. Es gäbe überhaupt keine polnischen Minderheitsschulen in Ostpreußen, wenn man die gleichen strengen Gesetze wälten ließe, wie dies in Polen gegenüber den deutschen Schulen der Fall ist. — Daß auch die deutschen Zeitungen in Ostoberschlesien einen schweren Stand haben, ist erklärlich. Von der „Kattowitzer Zeitung“ wurden allein im Laufe von 2 Monaten (April und Mai dieses Jahres) 39 Nummern beschlagnahmt, so daß überhaupt nur 10 Nummern in 9 Wochen regelrecht erscheinen konnten! Etwas gelinder erging es dem „Oberschlesischen Kurier“, der in Königshütte, dem Mittelpunkt des ostoberschlesischen Industrie- und Bergbaubereiches erscheint, und dreizehnmal der Beschlagnahme verfiel. Deutsche Feiern und Veranstaltungen werden überwacht, und auch die kirchlichen Feste unterliegen nicht selten der Kontrolle. Die Sportverbände und die Jugendbünde müssen sich der größten Vorsicht befleißigen, da man vor allem bei ihnen „antinationale“ Beweggründe vermutet. Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern dieser Verbände sind Alltätlichkeiten. Gegen die deutsche Beamenschaft ist eine neue, eigene neue Bewegung im Gange, die die deutschen Beamten in den deutschen Werken möglichst auszuscheiden sucht, um dafür polnische Beamte anzustellen. Die Kattowitzer A.-G., die Guisbühne und die Deutschlandgrube sind wohl zunächst am meisten in den Kreis dieser Bestrebungen gezogen. Im ganzen genommen hat die Polonisierungsaktion in Ostoberschlesien sehr viele gemeinsame Züge mit den Methoden der tschechischen Machthaber gegenüber den Deutschen in Böhmen, Mähren und Tschechisch-Schlesien.

Es ist ein trauriges Geschick, daß durch die Zerreißung des alten, Oberschlesischen Industriegebietes und die willkürliche Grenzziehung nicht nur das Deutschum, das zu Polen geschlagen wurde, seine schweren Wirtschaftskrisen erlebt, sondern auch der deutsch verbliebene Rest, das preussische Oberschlesien, die furchtbaren Folgen tragen muß. Jedoch das preussische Oberschlesien hat die Genugtuung, daß gegenwärtig mit allen Mitteln versucht wird, eine wirtschaftliche Neubelebung dieses Gebietes auf ganz neue Weise herbeizuführen. Dieser südöstliche Teil des Reiches soll aus seiner Isoliertheit befreit werden; die voll Ausnutzung der verbliebenen Erwerbsmöglichkeiten und der Austausch der Güter mit dem ganzen Reich soll stärkste Förderung finden. Schon vor einiger Zeit konnten wir berichten, daß der Ausbau der Oder und die An-

lage von große Staueen energisch in Angriff genommen worden sei, um die Hauptvorbedingung für die Wettbewerbsfähigkeit der obereschlesischen Industrie innerhalb der ihr verbliebenen Absatzgebiete zu schaffen. Der Wasserweg spielt für das gesamte Oberschlesien die entscheidende Rolle. Neben den Oder- und Staueplanen trat darum ein großer Sonderplan in den letzten Wochen in den Vordergrund. Es handelt sich darum, ein Kanalnetz zu schaffen, das von der Oder kommend, bis mitten in das Herz der Industriebezirke vorstößt. Der Plan ist so schnell gereift, daß zur Stunde bereits mit seiner Ausführung begonnen wird. Ein Kanal — der „Oberschlesische Kanal“ genannt — wird in einer Länge von 40 Kilometern von der Oder bis in die Nähe der drei Großindustriestädte Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen gebaut. Die heutige Oderfährt endet bei dem Hafen Rosel südlich von Oppeln. Hier erhält der neue Kanal seine Abzweigung, und er wird unter der Bahnlinie Oppeln-Randzin hindurchgeführt, um später über die Kłodniz, einem Nebenfluß der Oder, geleitet zu werden, von wo aus er im Tal der Kłodniz weitergeht. Bei Serano läuft er dicht neben dem im Bau begriffenen Staubecken einher, so daß er von diesem nach Bedarf gespeist und reguliert werden kann, und bei Gleiwitz wird der Endhafen gebaut. Der Kanal erhält auf seinen freien Strecken die Maße des Mittelkanals, wird aber außerdem so ausgeführt, daß mit Leichtigkeit später eine noch größere Erweiterung der Anlagen möglich ist für die 1000-Tonnenschiffahrt. Die Reichsregierung stellt zunächst einen Betrag von 3 Millionen Mark für die Arbeiten zur Verfügung. Die Gesamtkosten des Baues belaufen sich auf über 40 Millionen Mark.

Ist die Maschine unser Feind?

Wenn Menschen in harte Schicksalsprüfungen geraten, so kommt, je länger, je mehr, der Zeitpunkt, wo die Leidenden in ihrem Abwehrkampf die Frage nach der Ursache der Prüfung stellen. Sie wollen wissen, welches die Ursache des scheinbar unabwendbaren Ereignisses ist. Das Suchen erfolgt nicht nur aus dem Bestreben, Recht und Unrecht, Schuld und Sühne festzustellen, sondern auch der Wille zur Abwehr liegt in diesem Suchen verborgen. Die furchtbare Arbeitslosigkeit in allen Weltteilen ist ein Beispiel, das obige Gedanken bestätigt. So lange die Arbeitslosigkeit gering, die Versorgung der Arbeitslosen oft besser war als die der Arbeitenden, ging man allgemein gedankenlos an dem Problem vorbei. Als aber die Arbeitslosigkeit infolge der ungenügenden Beachtung immer mehr wuchs, die Not damit fühlbarer wurde, mehrten sich die Stimmen, die die Ursachen der Not suchten. Unendlich viele und meist gegensätzliche Meinungen sind verbreitet. Eine der verbreitetsten, aber auch oberflächlichsten, ist die, daß die Maschine an der Arbeitslosigkeit schuld wäre. Diese Ansicht ist heute bis ins entlegenste Dörfchen verbreitet. Sie ist geradezu zum Schlagwort geworden. Viele mahnen nicht nur zu einer Art Askeze im Gebrauch der Maschinen, sondern möchten auch eine Maschinenstürmerei beschwören.

Denken wir uns einmal alle Maschinen zerschlagen! Was würden unsere Hausfrauen sagen, wenn man ihnen die Nähmaschinen nähme? Was würden wir alle sagen, wenn die Eisenbahn, das Auto — um nur einige der wichtigsten zu nennen — fehlten? Wie oberflächlich und zugleich egoistisch die Feindschaft gegen die Maschinen oft ist, erfuhr ich, als ich einem Bauern, der auch gegen die Maschinenarbeit auftrat, vorschlug, seinen Selbstbinder und seine Dreschmaschine doch nicht mehr zu gebrauchen. Da antwortete er: „Dann werde ich nicht fertig!“ So geht es vielen. Sie denken nur immer, des „lieben Nächsten“ Maschine ist übrig, nur nicht die eigene. Nicht die Angst vor dem „Fertigwerden“ wird den Bauern allein so denken lassen, auch der Gedanke, daß seine Arbeit von ihm eine ungleich größere Mühe und Anstrengung erfordern würde, hat ihn getrieben, mir jene Antwort zu geben. Damit möchte ich allen Maschinenfeinden noch einmal die Zeiten ins Gedächtnis zurückrufen, wo Sklaven die Galeeren durch die Meere rudern, die Ernten mit der Sichel geschnitten, mit dem Flegel gedroschen, der Ackerpflug oft von Menschen gezogen werden mußte. Ich glaube kaum, daß es jemand wagen wird, diese Zustände als wünschenswert wieder herbeizuführen. Wenn wir das recht überlegen, so müssen wir anerkennen, daß die Maschine für Millionen von schwer arbeitenden Menschen eine Befreiung von allerschwerster Plage bedeutet. Dabei ist die Arbeitszeit vom 16stündigen Tag bis auf den 8stündigen gesunken, unter gleichzeitiger Steigerung des Lebensstandards. Ohne Maschinen wäre eine solche Entwicklung nicht möglich gewesen. Wir wären bei kürzerer

Arbeitszeit ohne Maschinen in fürchterlichster Armut verfunken, wären auf das Lebensniveau der Urzeit zurückgeschleudert.

Wenn ich durch all diese Hinweise unwiderlegbar den Segen der Maschinen festgestellt habe, so ist es ebenso unwiderlegbar, daß durch die Maschinen Menschen aus ihrer Arbeitsstätte verdrängt werden. Beispiele erübrigen sich, sie sind sichtbar genug. Hingegen aber ist zu bedenken, daß die Herstellung der Maschinen eine große Zahl von Menschen beschäftigt. Kohlen und Erze müssen aus der Erde geholt werden, Hochtöfen und Gießereien, Hämmern und Zangen, Schraubstock und Feilen treten in Tätigkeit. Unendlich viele Reparaturen geben weit und breit Arbeit und Brot. So steht dem „Wider“ das „Für“ entgegen. Einen zahlenmäßigen Beweis, daß die Maschinen mehr Arbeitslosigkeit verursachen, als andererseits durch sie auch Arbeit gegeben wird, wohl kaum jemand erbringen können. Noch schwieriger wird die Frage, wenn man das Wort „Ueberproduktion“ hinzusetzt. Durch allzu große Produktion der Maschinen, die das Konsumvermögen übersteigt, soll die Arbeitslosigkeit hervorgehen. Wie ist es in Wirklichkeit? Millionen hungern und frieren in allen Ländern. In Amerika sollen täglich 1000 Menschen verhungern. Diese Tatsachen zeigen, daß die Verbrauchskraft nicht zu klein, sondern verunmöglicht ist. So erscheint der Unterverbrauch als Ueberproduktion. Wenn wir das Problem „Mensch und Maschine“ in den Gesamtrahmen der Volkswirtschaft, in die Begriffe Produktion und Verbrauch stellen, so lösen sich die schlimmsten Widersprüche. Alles Für und Wider wäscht sich dann aus in die Frage: Vollen wir die revolutionisierende Tätigkeit der Maschinen gebrauchen, um das Los der Menschen zu erleichtern, um ihr Leben mit einem reichlichen Maß von Gütern zu verschönern, um ihnen Ruhe und Muße für Heim, Herd und Familienleben zu ermöglichen, oder wollen wir die Maschine zurückdrängen, verbannen, damit aber die Menschenkräfte mehr belasten, und doch zugleich nach und nach verarmen? Sollen die Menschen wieder da beginnen, wo sie vor einigen hundert Jahren standen, um dann — dessen bin ich gewiß — genau denselben Weg abermals zu gehen? Ich glaube, jeder, dem diese Dinge Verstand und Herz ernstlich bewegen, wird ein Zurück ablehnen und ein Vorwärts fordern. Dieses „Vorwärts“ kann aber nur dadurch gelöst werden, daß die breite Masse aller Tätigen — nicht etwa die Arbeiter allein; nein alle, die mit ihrer Geistes- oder Handarbeit ihr Brot verdienen müssen — mehr Einkommen erhalten, und so die größeren Warenmengen auch kaufen und verbrauchen können. Man wende nur nicht ein, so viel kann nicht verbraucht werden. Jeder überlege einmal, was er mit seiner Familie noch alles benötigt! Dabei soll nicht der Gedanke an Genußsucht uns leiten, sondern nur das, was jeder anständige Mensch ohne Scheu und Scham sich zubilligen könnte. Das Ergebnis würde uns in Erstaunen setzen und zeigen, daß wir noch lange produzieren können, ehe diese Wünsche an Erfüllung denken dürfen.

Wie aber soll nun diese Umänderung der Einkommensverhältnisse vor sich gehen? Soll etwa dem Tüchtiger sein Mehreinkommen gekürzt werden? Nein, das würde der Gesamtheit nur schaden, wie ja auch der Reichskanzler erst diesen Sommer in seinen gewaltigen Reden erklärte. Eine öde Gleichmacherei wäre echt marxistisch und scheitert von vornherein aus. Um das Mehreinkommen soll jeder selbst streben und wetteifern. Den Weg zu dieser gewaltigen Umwälzung zeigt das nationalsozialistische Wirtschaftsziel, nämlich: 1. Brechung

der Zinsnechtheit; 2. ständige Arbeitsmöglichkeit. — Daß der Zins als arbeitsloses Einkommen unberechtigt ist, wird von der Mehrheit unseres Volkes nicht bestritten. Wenn dieses arbeitslose Einkommen nach und nach den Arbeitenden aller Berufsstände zugeführt wird, ist das eine sittliche Tat, eine Ehrung der Arbeit. Nach den Berechnungen Dr. Helfferichs aus dem Jahre 1913 betrug der Zins, den das deutsche Volk bei einem Zinsfuß von 5 v. H. zahlen mußte, 40 v. H. des Volkseinkommens. Jedes Einzeleinkommen würde also durchschnittlich um 40 v. H. erhöht werden können, wenn der Zins beseitigt würde. Welche Wirkung das auf die Gesamtwirtschaft hätte, ist kaum zu ermessen.

Die zweite Forderung, jedem eine Arbeitsmöglichkeit zu geben, die Arbeitslosigkeit also zu beseitigen, bedarf keiner Bewertung. Sie spricht in unserer Zeit eine allzu eindringliche Sprache. Mit dem Worte Arbeit stoßen wir aber auf das Geld; denn ohne Geld ist in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft Arbeitsgewährung nicht möglich. Die vergangene Zeit hat gelehrt, daß unser heutiges Geld nicht fähig ist, die Arbeitslosigkeit zu verhindern. Durch den Aufbau des Geldes auf dem Golde ist es nicht möglich, der immer mehr wachsenden Wirtschaft genügend Geld zur Verfügung zu stellen; denn wir besitzen keine Goldgruben. So ist das Gold zum Herrn der Wirtschaft emporgestiegen. Staatssekretär Feder hat diese Tatsache in seinem Werke: „Kampf gegen die internationale Hochfinanz“ glänzend bewiesen. So müssen wir unser Geld vom Golde lösen und es auf unsere eigene Arbeit, auf die gesamte Gütermenge stützen, die wir selbst erschaffen. Der Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes ist der beste Maßstab für die Geldmenge. Der Großhandelsindex muß auf einer Höhe, die einen gerechten Ausgleich zwischen den Geldgebern und den Schuldern bringt, stabilisiert werden. Zeigt der Großhandelsindex fallende Tendenz, so wird durch vermehrte Geldausgabe dem Abgleiten Einhalt geboten. Steigt der Index, so wird durch Verringerung der Geldmenge entgegengewirkt. Das Geld ist also den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen und wird so zum Diener. Dann gibt es keine Inflation, die die Sparer betrügt, und keine Deflation, die den Produzenten und Schuldner in den Ruin stürzt. Es gibt dann aber auch keine Arbeitslosigkeit mehr. Jeder kann schaffen und wetteifern, und so wird ein märchenhafter Allgemeinwohlstand entstehen. Die Arbeitszeit bedarf keiner gesetzlichen Kürzung mehr. Diese Kürzung würde freiwillig in allen Berufsständen eintreten; denn ein sorgenloser Lebensabend wäre jedem, der arbeiten wollte, möglich.

Die Maschine aber ist in diesem neuen Leben nicht der Feind, sondern der Helfer und Mitbestreuer. Angeklagt ist das Gold, dem die Juden zu Moses Zeiten schon einen Reigen widmeten. Der Kampf gegen die Goldwährung ist

also zugleich ein Kampf gegen die internationalen Greuelheizer, an deren Spitze der internationale Jude steht, die unserm nach Freiheit und sozialem Aufbau strebenden jungen Staate den Speer in den Rücken stoßen möchten. Schließen möchte ich mit einem Worte Feder: „Die Lösung vom Golde ist die Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft im Dritten Reich, in der der Arbeit wieder der Vorrang vor dem Golde eingeräumt werden muß, in einem Staate, dem die Wohlfahrt der Bevölkerung vor dem Profit des Bankiers geht.“ S. K.

Aufruf an den Stahlhelm

Ehrenzeichen für alle Kämpfer.

Der Bundesführer des Stahlhelms, Reichsminister Franz Seidte, erläßt folgenden Aufruf:

„Allen Kameraden sage ich für ihre Mitwirkung an dem Erfolg des 12. November am Siege des deutschen Volkes meinen kameradschaftlichen Dank.“

Ich danke allen alten Stahlhelmkameraden, ich danke auch den jungen Kameraden. Ich gedente in Dankbarkeit der Treue, die ihr mir vom November 1918 bis heute gehalten habt. Ich gedente des opfervollen Einsatzes im Stahlhelmkampf um die innere und äußere Freiheit. Ich gedente der Hunderten von Toten und Tausenden von Verwundeten, die im Stahlhelm für Deutschland bluteten. Der Einsatz dieser Kameraden verpflichtet uns alle. Wir gedente ihrer immer in tiefer Treue und Dankbarkeit.

Um meine alten Mitkämpfer und Kameraden zu ehren, habe ich am 13. November, am 15. Jahrestag der Gründung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, ein besonderes Ehrenzeichen gestiftet, das jeder alte Kämpfer auf persönlichen Antrag erwerben kann.

Für uns alle im Stahlhelm geht der Kampf um Deutschlands Ehre und äußere Freiheit weiter.

Ich danke allen Kämpfern; aber der Dank besteht nie immer im Stahlhelm darin, daß neue Ziele angesprochen und angestrebt und neue Aufgaben auf die harten Schultern der alten Frontsoldaten gelegt werden.

Front-Heil-Hitler!
Franz Seidte.

Die Eingliederung des Stahlhelms

SA-Reserve I.

Der „Stahlhelm“, das Organ des Bundes der Frontsoldaten, teilt mit:

„Unter dem 11. November 1933 hat der Stabschef Röhm gemäß dem Vorschlag der Bundesleitung die Eingliederung der SA-Reserve I grundsätzlich geregelt, die vom Stahlhelm aufgestellt wird.“

Die entsprechenden Befehle werden den Gliederungen in Kürze zugehen.“

Standorte der Militärgerichte

Neun Zweigstellen.

Zu der Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit wird von zuständiger Seite noch mitgeteilt, daß sich ein Kriegsgericht (Erste Instanz) bei jedem Wehrkreis (I. bis VI.) befindet. Um die Gerichtsbarkeit zu erleichtern, sollen für diese Wehrkreis-Kriegsgerichte Zweigstellen eingerichtet werden, und zwar in Allenstein (Preußen), in Schwerin (Mecklenburg), in Potsdam, Frankfurt (Oder), Breslau, in Magdeburg, in Weimar, in Hannover und in Nürnberg.

Die Oberkriegsgerichte (Zweite Instanz) befinden sich nur bei den Gruppenkommandos, und zwar in Berlin und in Kassel. Auch hierfür sind Zweigstellen vorgesehen in Königsberg und in München.

Über 2000 Bielefelder

haben in diesen Tagen 25 x in Persil gekochte Qualitätsproben von Wäsche-Schmitz geprüft. Gut und sehr preiswert war die Parole, deshalb machen auch Sie gerade jetzt zu Weihnachten einen Versuch bei

Wäsche-Schmitz
DÜPPELSTRASSE 7-9

Der Weg zur Düppelstraße lohnt sich!
Versand über ganz Deutschland.
Muster und Katalog auf Wunsch unverbindlich.

Zum Lutherspiel: „Der Reformator“ von Adolf Bartels.

(Die Friedrich von Bodelschwingh-Aufbauschule führt als Feier des 450. Geburtstages Luthers dieses Spiel am Montag, dem 20. 11. auf.)

Der Weimarer Dichter und Literaturhistoriker Adolf Bartels hat eine Luther-Trilogie geschaffen, aus der durch Umarbeitung und Verschmelzung das „Lutherspiel in 5 Akten“ entstand. Diese Umgestaltung von Albert Köhler eignet sich in ihrer ursprünglichen Form nicht zur Aufführung, da sie viel zu lang ist (über drei Stunden Spielzeit) und außerdem bedenkliche Schwächen aufweist. So hat sich der Text aus diesem Grund und weil eine Schule sich zur Aufführung entschloß, allerlei gefallen lassen müssen. — Das bringen Schulaufführungen, die ja ihre innere Berechtigung hauptsächlich aus der ehrlichen Begeisterung herleiten, mit der sie von jugendlichen Menschen gespielt werden, die sich an die Öffentlichkeit wagen, nur wenn sie wissen, daß man zu ihnen mit liebe- und verständnisvollem Herzen kommt. Es wäre nicht möglich, im Aufwärts eine ausführliche Besprechung des Spiels zu geben, da diese lokale Aufführung nur einen kleinen Kreis der Leser interessieren kann. Bieleicht sind aber auch im Reich viele Pfarrer, Lehrer und Vereinsleiter dankbar, auf diese Weise auf das Spiel aufmerksam gemacht zu werden.

Bartels Festspiel führt uns in die Kampffahre Luthers, in die Zeit von 1521 bis 1525. Wormser Reichstag, Flucht auf die Wartburg — Bibelübersetzung — Rückkehr nach Wittenberg trotz Acht und Bann — Abwehr der Bilderstürmer — Ritterkrieg im Rheinland — Ausbruch des Bauernkrieges in Schwaben, Lothringen, am Bodensee und in Franken — Kämpfe mit den Wiedertäufern — Luthers Einrichtung des protestantischen Gottesdienstes — Abfassung von Schriften über die Schulen — seine Veröffentlichung des kleinen Katechismus und endlich seine Heirat. Welch' Fülle von Ereignissen stürmt in jenen Jahren auf Luther ein! Welch' Kampf und welch' seelische

und körperliche Not, wieviel Haß und wieviel Liebe steht hinter jeder dieser einzelnen historischen Tatsachen! Im Vorraum des Reichstages zu Worms spielen die ersten Szenen. Ein kurze Unterweisung des kaiserlichen Sprechers Eck durch den päpstlichen Nuntius Aleander: „Luther soll brennen, wenn er nicht abswört“, läßt uns die äußerst gespannte Lage erkennen. Dann Luthers Auftreten. Männlich fest in Schritt und Gebärde und Wort. Diesem Luther merkt man an, daß er aus Gehorsam gegen Gott handelt. Es folgt in dramatischer Steigerung und Zuspitzung im Reichstag selbst alles, was die Größe des Kämpfers Luther zeigt. Georg von Frundsbergs Worte: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst jetzt einen Gang...“, dann die Luther von seinem Gewissen eingegebenen Worte: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders — Gott helfe mir! Amen“, und sein Jubelruf: „Ich bin hindurch, ich bin hindurch!“ zeugen von dieser Gesinnung.

Der große weltgeschichtliche Augenblick ist vorbei. Im einfach bescheidenen Lutherstübchen gehen von der echten und wahren Menschlichkeit des Reformators warme Strahlen aus. Junge Menschen, die in ihren Handlungen irren, nimmt der Wittenberger Professor bei sich auf. Er der vor den Großen der Erde kämpfte und mutig dagestanden, erscheint hier verzagt und läßt sich von seinem Freund Melanchthon trösten; er nennt sich selbst ein „großes Kind“.

Martin Luther und Thomas Münzer treten einander gegenüber. Luther bemüht sich zuerst, eine Verständigung mit seinem so ganz anders gearteten Gegenspieler zu erreichen. Schließlich muß er diesen Schwärmer, dessen Scharen so unsägliches Leid über Deutschland brachten, mit wilder Gebärde verfluchen: „So fahre hin, Satan!“

Der Bauernaufstand wächst. Um Luther wird es einsamer. Auch einer seiner Schüler schwenkt zu Münzer ab. Luther aber will Wortverkünder, Seelenbefreier sein; er will aber nicht eingreifen in die politischen Wirren der Zeit.

Münzer, der Dämon, peitscht seine Scharen an! Es ist vergebens. Die Bauernbanden werden in Schwaben vernichtet. Diese Siegesbotschaft dringt in die Lutherstube, gerade als der Reformator zu verzagen scheint. Einen

Sangesgruß aus frischen Knabenkehlen beantwortet er mit einer Ansprache oder besser mit einem Aufruf, in dem der ganze Luther: der Prophet, der starke Glaubensheld, der ernste, eindringliche Prediger gewissermaßen aus seiner engen Stube heraustritt und sich an das gesamte deutsche Volk von damals und an das von heute wendet: „Wir wollen einen Grund im Volke legen: die schlichte Gottesfurcht, den freudigen Glauben, den Mut zur Wahrheit und dann viel Geduld, die pflanzen wir tief in die deutschen Seelen...“ So ganz schlicht, ohne jede auflösende, schwungvolle Geste, ohne viel Pathos so nur zum inneren Menschen sprechend, schließt das Festspiel vom Reformator D. Martin Luther. Weil es weiß, daß letzte Entscheidungen nur von innen heraus getroffen werden können und der äußeren nicht bedürfen.

Luther, der Reformator und Kämpfer! Luther, der Glaubensheld und Prophet! Drei Seiten seines Wesens und doch eine in letzten Sinne organische Einheit. Leises Lachen und Fürsich-hinsprechen, Augenblicke voll banger Seelenunruhe und zager Verdrüsterung und wildes Sich-aufbäumen sind Ausfluß der Menschlichkeit Luthers. Lehtes Einstehen aus der Kraft des Glaubens heraus für alles das, was das Gewissen gebietet — diese reformatorische Haltung ist die andere Erscheinungsart des großen Deutschen, die sich im stillen Gebet, im Ringen mit Gott, in Erfüllung „seiner großen Sehnsucht“ äußert. Und Sand in Hand mit dieser und jener seelischen Einstellung, Kräfte empfangend aus beiden Welten, türmt sich das auf, was Prophetentum und visionäres Schauen darstellt und die Vorstellung weckt, daß hier ein Sprachrohr, ein Werkzeug Gottes vor uns steht. Und das ist kaum darstellbar. Gehört einer anderen Erlebniswelt an, hat mit Bühne und Luther-Gestalt nichts mehr zu tun. Ist dem Persönlichsten eines jeden anheim gegeben!

Darum einerseits das Gewagte einer solchen Luther-aufführung, weil Lehtes gedeutet oder doch angedeutet werden soll. Andererseits die Gewißheit, daß hier sich Welten auftun, die unabhängig vom Gelingen oder Mißlingen einer versuchten Gestaltung des Lutherischen Glaubenserlebnisses sind. Da hier Glauben Zeugnis ablegt von unsichtbaren Dingen! Dr. Rothfuchs.

Das nach dem Epist. beim Reichst. muniqué, in dem b. zur Festlegung des z. einander auf jed. hat in der ganzen

Deutscherseits wischen Geandien durch den vor ein früheren Geandien zählungnahme ang. laut wird, soll die die deutsch-polnisch bringen. Es ist ei reils ein gewisses merkwürdig ist v. Cist. aus der fre. entstanden ist.

Was die facht handlungen anlan ganze Reihe vordr. Vor allem werden deutschen Minderk. lehtliche Angeleg. die bereits seimez. Freiherrn von Ne. Red angelichtene den. Mit einem alle die Fragen se. polnischen Beziehu. klar, daß die Berl. Geiste geführt wer.

Wenn von fr. gen zu dem Schri. den, so sind sie off. liche Lage zu sch. Beipredung aber direkten Verhandl. kann, ohne sie v. bedingungen zu b.

Gegenüber B. diese deutsch-poln. Richtangriff. locarno hinausla. Communiqué von. von der Erklärung. wie es sich bei de. irgendeinen Vert. Die jeht mit. Basis der „Nicht. aus in der Linie. litit.

Pa. Der starke C. Führer und dem. hat, kommt zum. amtlichen „Gazet. Ein wichtige. leit dieses Aktes

Amerika

Reislose Verstäni. — Washington und Außenkomm. abend ein Ueber. Fragen umfaßt. zurzeit einen Be. beiden Seiten. Abend ist noch e. vorgezogen. Die. lung steht bevor.

Die fe

Reichsjustizkon

In den Wil. der Deutschen. minister Dr. Fr. der Berliner R. große Reformw. eines einzelnen. werden. Die G.

Gegenüber Dr. Franz, wer. nehmen; dazu. die Möglichkei. tes vom Margi. meine große G.

Die Frage gen im Vorderg. die reine Vernu. Die lapidar. daß es frei sei. „Gemeinnutz g. Begriff des S. Kallenanangehöri. felen Antifemil. gegen die Jude. Mit dem, was. werde man übri.

150 Schußh. Mit Rüd. Volksabstimm. tes in so über. burger Senat. angeordnet, de. dieses zuläßt.

Deutsch-polnische Annäherung

Hitlers Friedenspolitik

Das nach dem Antrittsbesuch des polnischen Gesandten Lipiński beim Reichskanzler Adolf Hitler veröffentlichte Communiqué, in dem beide Regierungen ihre Absicht bekunden, zur Festigung des Friedens in Europa in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten, hat in der ganzen Welt beträchtliches Aufsehen erregt.

Deutscherseits wird der Besuch des neuernannten polnischen Gesandten Lipiński als eine Fortsetzung der bereits durch den vor etwa zwei Monaten erfolgten Besuch des früheren Gesandten Wysocki eingeleiteten deutsch-polnischen Fühlungnahme angesehen. Wie von zuständiger Stelle bekannt wird, soll diese Fühlungnahme vor allem dazu dienen, die deutsch-polnischen Beziehungen auf ein neues Gleis zu bringen. Es ist erfreulich, daß bei dem Antrittsbesuch bereits ein gewisses greifbares Ergebnis zustande kam. Bemerkenswert ist vor allem, daß der Besuch des Gesandten Lipiński aus der freien Initiative der polnischen Regierung entstand.

Was die sachlichen Probleme der bevorstehenden Verhandlungen anlangt, so liegt es auf der Hand, daß eine ganze Reihe vordringlicher Fragen zu behandeln sein wird. Vor allem werden sich die Erörterungen auf Fragen der deutschen Minderheiten, der Minderheitenpresse und ober-schlesische Angelegenheiten erstrecken. Ebenso werden auch die bereits seither in Genf zwischen Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath und dem polnischen Außenminister Beck angelaufenen wirtschaftlichen Fragen besprochen werden. Mit einem Wort: Thema der Verhandlungen werden alle die Fragen sein, die in der letzten Zeit in den deutsch-polnischen Beziehungen eine Rolle gespielt haben. Es ist klar, daß die Verhandlungen in durchaus freundschaftlichem Geiste geführt werden.

Wenn von französischer Seite jetzt kritische Äußerungen zu dem Schritt des polnischen Gesandten gemacht werden, so sind sie offenbar dazu bestimmt, eine weniger freundliche Lage zu schaffen. Frankreich sollte sich die geistige Befreiung aber lieber zum Vorbild nehmen, wie man zu direkten Verhandlungen zwischen zwei Staaten kommen kann, ohne sie von vornherein durch Vorbehalte und Vorbedingungen zu belasten.

Gegenüber Behauptungen von französischer Seite, daß diese deutsch-polnischen Besprechungen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes bezwecken, bzw. auf ein Dislocarno hinauslaufen, wird in politischen Kreisen auf das Communiqué vom 15. November hingewiesen, das lediglich von der Erklärung der „Nichtgewaltanwendung“ spricht, wie es sich bei den Besprechungen überhaupt noch nicht um irgendeinen Vertrag handelt.

Die jetzt mit Polen eingeleiteten Verhandlungen auf der Basis der „Nichtgewaltanwendungserklärung“ liegen durchaus in der Linie der von Deutschland immer verfolgten Politik.

Polnischer Kommentar

Der starke Eindruck, den die Aussprache zwischen dem Führer und dem Gesandten Lipiński in Warschau ausgelöst hat, kommt zum Ausdruck, in folgendem Kommentar der amtlichen „Gazeta Polska“:

Ein wichtiges Ereignis ist eingetreten. Die Wichtigkeit dieses Aktes ergibt sich besonders aus der Tatsache, daß

die Weltmeinung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einen Krankheitsherd Europas sah, aus dem sich unerwünschte Verwicklungen ergeben konnten. Die Nichtangriffserklärung ist eine feierliche Erklärung beider Parteien, keinesfalls derartige Verwicklungen heraufzubeschwören zu wollen.

Der Verzicht auf Gewaltanwendung zwischen Nachbarn ist immer ein Akt von großer Bedeutung. Der Locarnopakt enthielt die gegenseitige Nichtangriffspflicht zwischen Deutschland und Frankreich, die geistige Erklärung enthält eine solche zwischen Deutschland und Polen. Die Bedeutung des Aktes vom 15. November für den Frieden der Welt ist nicht zu leugnen. Je mehr die tägliche Praxis in den Beziehungen der beiden Länder, je mehr die geistige Einstellung der Massen, denen der geistige Akt den Frieden zu sichern wünscht, dem Buchstaben und dem Geist dieses dem Frieden hervorragend dienenden Uebereinkommens wie es die Nichtangriffserklärung darstellt, entspricht um so bedeutungsvoller wird dieser Akt für die Wiederherstellung der Sicherheit und des Vertrauens in Deutschland und außerhalb Europas sein. Die Erklärung des Kanzlers im Reichstag als erster Schritt in dieser Richtung betrachtet werden, in der die Nichtangriffserklärung der nächste und bestimmtere Schritt ist.

Starkes Interesse in Paris

Was die französische Stellungnahme zu der neuen Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen betrifft, ist noch ein Kommentar des Berliner Korrespondenten des Havasbüros von Interesse. Der Korrespondent betont, wenn die zwischen Polen und Deutschland aufgenommenen Verhandlungen zu einem Abkommen führen, wie das Communiqué erhoffen lasse, dann werde

ein großes Hindernis der Friedensstabilisierung in Europa beseitigt sein. Die Reichsregierung habe durch einen prägnanten Akt ihren Friedenswillen bewiesen.

Eine Erklärung des polnischen Außenministers zur Aussprache des Berliner Gesandten mit Hitler.

— Warschau, 16. November. Außenminister Beck hat am Donnerstag zu der Unterredung zwischen Reichskanzler Hitler und dem polnischen Gesandten in Berlin eine Erklärung abgegeben, in der er mit Nachdruck zum Ausdruck bringt, daß er großen Wert auf die Erklärung des Reichskanzlers im Gespräch mit dem polnischen Gesandten lege. Da der Gesandte Lipiński über die Haltung der polnischen Regierung genau unterrichtet sei, müsse seine Erklärung als vollwertig und maßgeblich angesehen werden. Der größte Wert der Unterredung liege seiner (Becks) Meinung nach in der Tatsache, daß die Bevölkerungen Deutschlands und Polens darüber aufgeklärt worden seien, daß die beiden Regierungen aufmerksam und entschlossen bestrebt seien, beide Nationen vor jedem Angriff zu sichern und zu bewahren.

Die Erklärung Becks ist in politischen Kreisen Warschaws stark beachtet worden.

Schutz der Familie

Scharfe Bekämpfung des Mißbrauchs bei der Ehe und der Annahme an Kindesstatt.

Das vom Reichsjustizminister Dr. Gürtner der Reichsregierung vorgelegte und vom Reichskabinett verabschiedete Gesetz gegen Mißbräuche bei der Ehe und Annahme an Kindesstatt ist dahin zu erläutern, daß das Gesetz Verfallserscheinungen auf familienrechtlichem Gebiet bekämpft.

Es war eine bekannte Erscheinung der Nachkriegszeit, daß Angehörige alter angesehener Familien auf dem Wege über eine Eheschließung ihren Namen verkaufen. Andere Mitglieder alter Geschlechter haben wohlhabende Personen, die einen bekannten — am liebsten adeligen — Namen erstrebten, gegen Entgelt an Kindesstatt angenommen.

Dieser frivolen Herabwürdigung alter, ehrwürdiger Institutionen wird durch das Gesetz ein Riegel vorgeschoben. Künftig soll jede Ehe, die ausschließlich oder vorwiegend zum Zweck der Namensübertragung an die Frau geschlossen ist, ohne daß die eheliche Gemeinschaft begründet werden soll, auf Klage des Staatsanwalts vom Landgericht für nichtig erklärt werden. Einem Adoptionsvertrag muß die erforderliche gerichtliche Bestätigung schon dann verweigert werden, wenn bloße Zweifel vorliegen, daß ein wahres, dem Eltern- und Kindesverhältnis entsprechendes Familienband nicht begründet werden soll. Die Bestätigung soll übrigens auch in anderen Fällen verweigert werden können, z. B. wegen rassistischer Verschiedenheiten zwischen dem Annehmenden und dem Angenommenen.

Der Zweck des Gesetzes würde nur unvollkommen erreicht werden, wenn bereits bestehende sittenwidrige Ehen und Adoptionen unangestastet blieben. Es sollen deshalb auch frühere Ehen und Kindesannahmeverhältnisse, soweit sie seit dem 9. November 1918 zustande gekommen sind, für nichtig erklärt werden. Damit baldige Klarheit über die Rechtslage geschaffen wird, müssen die Verfahren binnen sechs Monaten seit dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeleitet sein.

Umfassende Wohnungsfürsorge

Ausarbeitung von Richtlinien für die Sanierung der Altfamilien.

Im Reichsarbeitsministerium fand unter Vorsitz von Ministerialrat Dürst eine der regelmäßigen Reichswohnungskonferenzen mit den Vertretern der Wohnungsministerien der Länder statt. Der Besprechung kam insofern besondere Bedeutung zu, als die Frage der Altfamilien-Sanierung besprochen wurde. Die Reichsarbeitsminister Franz Seidte in der Öffentlichkeit bereits angekündigt hat, soll dieses Problem schon in diesem Winter im Rahmen der Arbeitsbeschaffung mit Energie in Angriff genommen werden. Mittel für diese Aufgabe sind vom Reichsarbeitsministerium bereitgestellt worden. Die Richtlinien sind zur Zeit in Arbeit.

Biermächte-Konferenz?

Einberufung nach Rom erwartet

Das englische Kabinett beschäftigte sich in ausgedehnter Sitzung erneut mit der Abrüstungsfrage. Die Berichte der Londoner Zeitungen über diese Beratungen sind nicht ganz einheitlich. Tatsache ist jedoch, daß Außenminister Sir John Simon auf die geplante Reise nach Paris verzichten mußte. Offenbar ist das geschehen, um in Deutschland das Mißtrauen nicht zu vertiefen.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuter wurde in der Kabinettsitzung als nächstes Ziel der Abrüstungsverhandlungen und als Voraussetzung für ein allgemeines Abkommen die Annäherung der Standpunkte Deutschlands und Frankreichs bezeichnet. In den Kreisen der englischen Regierung scheint man der Ansicht zu sein, daß es zweckmäßiger wäre, einstweilen auf Genf zu verzichten und die Abrüstungsfrage in direkten Vorbesprechungen zwischen den einzelnen Nationen, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, zu erörtern.

London wird als für solche Besprechungen geeigneter Ort bezeichnet, wobei man von dem Gedanken ausgeht, daß eine Zusammenkunft aller Nationen in Genf oder anderswo zwecklos sei, bevor nicht über die Frage der Deutschland verprochen Gleichberechtigung eine völlige Klärung erzielt sei. Inzwischen steht die englische Regierung nach Reuter in Fühlung mit der französischen, der italienischen, der amerikanischen — und, wie die Reuteragentur glaubt, auch mit der deutschen — Regierung, um einen Weg zu finden, Deutschland womöglich wieder zur Abrüstungskonferenz und zum Völkerverbund zurückzubringen.

In Uebereinstimmung damit berichtet eine Meldung aus Genf, in den Kreisen der englischen und der italienischen Delegation würden Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich lebhaft begrüßt. Sollten diese jedoch in der nächsten Zeit nicht eingeleitet werden können, so würde, wie man in Völkerverbundskreisen glaubt, der britische Premierminister Macdonald möglicherweise die Initiative zu Besprechungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien ergreifen, zu denen später auch Deutschland hinzugezogen würde. Sowohl auf italienischer wie auf britischer Seite besteht Bereitschaft, Deutschland in Zukunft bezüglich seiner Forderungen nach Gleichberechtigung auf dem Abrüstungsgebiet entgegenzukommen.

In den Äußerungen der Londoner Presse wird im übrigen angedeutet, daß die Abrüstungspolitik Sir John Simons nicht nur in der englischen Öffentlichkeit, sondern auch bei einigen seiner Ministerkollegen Unzufriedenheit erregt habe. Gerüchte, daß der Staatssekretär des Äußeren zurücktreten wolle, wurden aber, „Daily Telegraph“ zufolge, in Regierungskreisen für unbegründet erklärt. In der „Daily Mail“ heißt es: In politischen Kreisen und auch bei einigen Ministern herrscht das Gefühl, daß dem Foreign Office ein Teil der Verantwortung für Deutschlands Weggang von Genf zufällt. Es wurde beschlossen, daß die britische Regierung sich bemühen soll, Deutschland wieder zur Teilnahme an den Abrüstungserörterungen zu veranlassen. Daß Sir John Simon sich mit der französischen Regierung auf eine Ausdehnung der „Bewährungsfrist“ geeinigt hat, wird als ein unfluges Zugeständnis betrachtet.

Simon und Eden reisen nach Genf

Der englische Außenminister Sir John Simon und Unterstaatssekretär Eden werden am heutigen Freitag zur Beratung mit Henderson und, wie man hofft, mit anderen internationalen Delegierten nach Genf reisen, um eine Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz herbeizuführen.

Reuter ist auf Anfrage im Foreign Office mitgeteilt worden, daß in den nächsten Genfer Besprechungen wahrscheinlich der Vorschlag erörtert werden wird, eine Zusammenkunft der Signatäre des Biermächtepaktes in Rom zu veranstalten. Unabhängig von dem, was man binnen einiger Tage in Genf tun oder nicht tun könne, werde Großbritannien fortfahren, den britischen Konventionenentwurf als Grundlage aller künftigen Arbeiten anzusehen.

Die Aufgaben des Arztes

Wiedereröffnung der Chirurgischen Universitätsklinik. — Ansprache des Kultusministers.

Die Erste Chirurgische Klinik der Universität Berlin, die infolge der kurzfristigen Politik des früheren Kultusministeriums geschlossen werden mußte, ist wieder eröffnet worden. Als Leiter ist Professor Dr. Magnus-Boschum berufen worden.

Im großen Hörsaal des Langenbeck-Hauses hielt Professor Magnus seine Antrittsvorlesung, zu der an der Spitze zahlreicher Ehrengäste der preussische Kultusminister auftraten. Ein kleiner Hitler-Junge überreichte dem Kultusminister einen Dahlienstrauß, den der Minister unter brausem Beifall an den gleichfalls im Auditorium weilenden früheren Leiter der Klinik, Professor Bier, als besondere Ehrung weitergab.

In einer Ansprache gab der Kultusminister seiner Freude darüber Ausdruck, daß er an einer Stätte alter preussischer Tradition zum ersten Male zu Medizinern sprechen dürfe. Die Verbundenheit von Mensch zu Mensch, von Arzt zu Arzt sei die Grundlage der ärztlichen Tätigkeit im neuen Deutschland. Es könne nicht der Sinn einer hochentwickelten medizinischen Wissenschaft sein, daß die medizinische Jugend zu tüchtigen Ärzten ausgebildet werde, während das Volk bei Heilbedürfnis den rechten Weg zum Volkswohlfinder. Der Arzt im Braunschweig müsse im Leben des Volkes nicht nur als Mediziner, sondern auch als Seelsorger in Erscheinung treten.

Die Marine ehrt die SA

Der Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Albrecht, stattete dem Führer der SA-Gruppe Nordmark, Gruppenführer Schoene, in Begleitung vieler Marineoffiziere einen Besuch ab, um ihm im Namen des Offizierkorps der Marinestation ein Bild der Stageraschlacht zu überreichen. Mit diesem Geschenk sollte die kameradschaftliche Verbundenheit zum Ausdruck gebracht werden, die zwischen der Reichsmarine und der SA besteht. Der Gruppenführer nahm das Geschenk mit herzlichsten Dankworten für die ehrende Anerkennung des Kampfes der SA für das neue Deutschland der Freiheit und der Ehre entgegen.

ionalen Greuel,
ale Jude steht,
Aufbau streben.
Nachten stoßen
Worte Feders:
sehung für eine
der der Arbeit
geräumt werden
rt der Bevölker-

hhelm

minister Franz

Mitwirkung an
s deutschen Vol-

raden, ich danke
in Dankbarkeit
bis heute ge-
fahes im Stahl-
heit. Ich gedulde
n Verwundeten,
Der Einsatz die-
gedenken ihrer

raden zu ehren,
stags der Grün-
ten, ein besonde-
mpfer auf per-

der Kampf um
lter.

Dank besteht wie
ele angesprochen
harten Schülern

itter!
die.

ahhelm

ndes der Front-

der Stabschef
itung die Giede-
regelt, die vom

en Gliederungen

gerichte

tärgerichtsbarkeit
ilt, daß sich ein
Wehrkreis-
keit zu erleichtern,
weigstellen einge-
(Stipendium), in
Frankfurt (Oder),
Hannover und in

anz) befinden sich
ar in Berlin und
vorgefunden in Kö-

n beantwortet er
im Aufruf, in dem
den Glaubensheld,
fermaßen aus sei-
an das gesamte
von heute wendet:
egen: die schlichte
n Mut zur Wahr-
en wir tief in die
gt, ohne jede aus-
l Pathos so nur
iebt das Festspiel
Weil es weiß, daß
heraus getroffen
bedürfen.

pper! Luther, der
nen seines Wesens
che Einheit. Leibes
bliche voll banger
und wildes Sich-
keit Luthers. Leb-
ubens heraus für
— diese reformato-
ngsart des großen
Ringen mit Gott,
cht“ äußert. Und
ischen Einstellung,
en, türmt sich das
s Schauen darstellt
in Sprachrohr, ein
das ist kaum dar-
iswelt an, hat mit
zu tun. Ist dem
eben!

er solchen Luther-
er doch angedeutet
heit, daß hier sich
Belangen oder Miß-
des Lutherischen
auben Zeugnis ab-
Dr. Rothfuchs.

150 Schußhäftlinge aus Anlaß des Wahlsieges entlassen.

Mit Rücksicht auf das Ergebnis der Reichstagswahl und

Volksabstimmung, das die Geschlossenheit des deutschen Vol-

tes in so überwältigender Weise bekundet hat, hat der Ham-

burger Senat im Einvernehmen mit dem Reichsstatthalter

angeordnet, daß 150 Schußhäftlinge, deren Gesamtverhaften

dieses zuläßt, unverzüglich aus der Haft entlassen werden.

Verständigung mit Polen

Vor einiger Zeit ist bekanntlich eine Einigung über die zwischen Danzig und Polen schwebenden Streitfragen zustande gekommen. Es lag die Frage nahe, ob es nicht auch möglich sein würde, eine Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen herbeizuführen. Die Wahrscheinlichkeit sprach dafür, da ebenso wie in Danzig ja auch im Reich die nationalsozialistische Regierung von Anfang an für eine unmittelbare Verständigung zwischen den beiden Nachbarländern eingetreten war. Der deutsche Reichkanzler hatte im Laufe der letzten Monate, zuletzt noch in seiner großen Rede im Berliner Sportpalast, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Deutschland zu einer Verständigung mit Polen bereit sei. Eine positive Antwort von polnischer Seite auf diese Erklärungen war in der Öffentlichkeit nicht bekanntgeworden. Erst die Besprechung zwischen dem Reichkanzler Adolf Hitler und dem polnischen Gesandten Lipski hat, wie aus der amtlichen Meldung hervorgeht, die Möglichkeit zu einer Einleitung von Verhandlungen geschaffen, die natürlich alle zwischen Deutschland und Polen schwebenden Probleme berühren müssen.

Von besonderer Bedeutung ist die bei dieser Besprechung erzielte Vereinbarung, daß die beiden Länder zur Festigung des Friedens in Europa in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt verzichteten. Diese Vereinbarung auf jeden Gewaltverzicht liegt durchaus in der Linie der deutschen Friedenspolitik und beweist mehr als alles andere, daß die Reichsregierung bereit ist, jede Möglichkeit einer friedlichen Verständigung auszunutzen. Die Verhandlungen haben übrigens bereits eingesetzt. Der deutsche Gesandte in Warschau, von Nolte, wurde am Mittwoch vom polnischen Handelsminister Jarzinski zu einer längeren Besprechung empfangen. Diese Unterhaltung steht, ebenso wie die kürzliche Konferenz mit Außenminister Beck, mit der Fortsetzung der seit mehreren Tagen unterbrochenen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen im Zusammenhang.

Die Nachricht von der Einleitung direkter Sonderverhandlungen zwischen Deutschland und Polen hat in der internationalen Welt geradezu sensationell gewirkt. Erst am letzten Dienstag hatte der französische Ministerpräsident Sarraut noch in der Pariser Kammer erklärt, daß Frankreich seine Haltung in den Abrüstungsangelegenheiten in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen seiner Bundesgenossen — und zu denen zählt Polen doch in erster Linie — bringen müsse. Nun wird die französische Öffentlichkeit plötzlich mit der Meldung überrascht, daß bereits eine direkte Verständigung zwischen Berlin und Warschau eingeleitet worden ist. Kommt aber eine deutsch-polnische Verständigung zustande, dann entfällt für Frankreich jeder Vorwand, seine Rüstungen zum Schutze seiner östlichen Bundesgenossen weiter aufrechtzuerhalten. Es entfällt für Frankreich weiter jeder glaubwürdige Vorwand, einem ähnlichen Ausgange, wie ihn Deutschland und Polen anstreben, weiter aus dem Wege zu gehen.

Mit anderen Staaten in keiner Weise berührt würden. Durch die Nichtangriffserklärung werde die bisherige polnische Politik nur ergänzt, aber in nichts abgeändert.

In London wird die neue Wendung im Osten natürlich mit großer Befriedigung vermerkt. In einer Betrachtung über die deutsche Außenpolitik schreibt der diplomatische Mitarbeiter der „Morningpost“, eine der wichtigsten Bedingungen für eine deutsch-französische Annäherung sei, daß Frankreich als Gegenleistung für eine Garantie des gegenwärtigen Zustandes an den deutschen Westgrenzen sich jeglichen Verhandlungen indifferenter gegenüber verhalten solle, die Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei zu eröffnen gedenke. Insbesondere solle man Deutschland freie Hand geben, auf dem Wege der friedlichen Mittel die bestmögliche Lösung der Korridor- und Oberschlesienfrage zu erhalten. Man betrachte diese Fragen in Berlin nicht als unlösbar, vorausgesetzt, daß die jeweils beteiligten hauptsächlichsten Mächte allein gelassen werden, das hieße also, daß Polen nicht zu einem Widerstand seitens Frankreichs ermutigt werde. Polen könne vielleicht zu einer Aufgabe des Korridors bewegt werden, wenn man ihm dafür Freiheiten in Danzig und Gdingen oder in Litauen, sowie Eisenbahndurchgangsmöglichkeiten durch Ostpreußen und eine Internationalisierung der Weichsel zugestehen würde. Die Ziele Deutschlands schlossen weiterhin den Anschluß Österreichs und einen Kolonialbesitz in sich ein sowie wirtschaftlichen Einfluß in Mitteleuropa. Die Rüstungsgleichheit bleibe dabei natürlich eine unabänderliche Bedingung.

Es hat vorläufig noch keinen Sinn, über die Aussichten einer deutsch-polnischen Verständigung große Mutmaßungen anzustellen. Dazu befinden sich die Verhandlungen noch zu sehr im Anfangsstadium. Man wird auf deutscher Seite den Ausgang der Verhandlungen mit Warschau ebenso ruhig abwarten, wie seinerzeit die nationalsozialistische Regierung in Danzig an den Verhandlungen mit Polen ohne übertrieb-

ene Hoffnungen und rein fälschlich herangegangen ist. Die deutsche Regierung ist jedenfalls aufrichtig bereit, zu einem beide Teile befriedigenden Uebereinkommen zu gelangen.

Local- und Provinzialnachrichten.

Vielefeld. Die Lutherfeier am Samstagabend auf dem Kesselbrink gestaltet sich immer mehr zu einer wichtigen großen Kundgebung aus, wie sie vielleicht in dieser Art einzig in Vielefeld ist. Schon sieht man auf dem Kesselbrink, wie die Gerüste gebaut werden für die Anlagen, die ringsherum den Kesselbrink abschließen sollen. Die Feier wird gegen 8 Uhr beginnen. In drei großen Zügen rückt die evangelische Bevölkerung auf dem Kesselbrink an. Der Einfachheit halber werden die Züge nach den einzelnen Gemeinden geordnet. Die Gemeinden sammeln sich früh genug an ihren Kirchen oder Gemeindehäusern und ziehen dann, die Jugend voran, zu den 3 Sammelpunkten der 3 großen Züge. Die 3 Züge müssen pünktlich 7 1/4 Uhr abmarschbereit sein, und zwar sammelt sich der erste Zug an der Pauluskirche. Der Zugführer dieses Zuges ist Pastor Weller. Die Gemeinden stellen sich hier in folgender Reihenfolge auf: Schildesche, Paulus, Johannesstift, Petri, Milse.

Der zweite Zug stellt sich an den oberen Ulmen, Landgericht auf. Hier sammeln sich die Gemeinden in folgender Reihenfolge: Martini, Bethel, Brackwede, Stieghorst, Ubbeschen, Neustadt, Jakobus, Sieker.

Der Führer dieses Zuges ist der Gemeindefunktionär Herr Felger (Jakobus).

Der dritte Zug sammelt sich am Altstädter Gemeindehaus in der Grünstraße. Die Aufstellung der Gemeinden ist folgende: Johannes, Altstadt, Reformierte Gemeinde, Subbrack, Wellensiel.

Der Führer ist der Jugendsekretär Herr Rottman (Altstadt).

In den Fackelzügen marschieren die Jugend der Vereine und Schulen und die Männer. Für die Frauen der Gemeinden werden — falls sie im geschlossenen Zuge kommen — gute Plätze auf dem Kesselbrink freigegeben. Die Schulen marschieren bei den Gemeinden mit, in deren Gebiet die Schulgebäude stehen. An der Spitze der Gemeinden marschieren die Pfarrer, Presbyter und Gemeindevorstände. Die evangelische Lehrerschaft ist gebeten, an der Spitze der einzelnen Schulen zu marschieren. Die Aufstellung geschieht in Dreierreihen.

Oberbürgermeister Dr. Prieß hält die Begrüßungsansprache und Pfarrer Lic. Siebold aus Bochum eine kurze Lutherrede.

Die ganze Kundgebung schließt mit den beiden letzten Strophen des Lutherliedes „Ein feste Burg“. Es wird erwartet, daß die evangelische Bevölkerung an dieser Kundgebung geschlossen teilnimmt.

Kreiskulturwart Wilke, Pastor Pawlowski.

Bethel.

Hauptversammlung der Bethelmiffion.

Zur Hauptversammlung der Bethelmiffion, die am Freitag, den 17. November, abends 8 Uhr im Jünglingsaal des Affapheums stattfinden soll, werden alle Freunde der Bethel-Miffion herzlich eingeladen. Die Ueberschrift des Abends lautet: „Entscheidungszeit der Bethel-Miffion.“ Es werden sprechen die Pastoren Trittelvög, Roncke und J. von Bodelschwing. Die Bethel-Miffion.

— **Beamtenfürsorge.** Zu einer Mitgliederversammlung im Mittwoch, den 29. November, nachmittags 5 1/4 Uhr in Gosen werden hierdurch alle Mitglieder der Kasse eingeladen.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslegung, Bericht der Revisoren und Entlastung des Rechners.
3. Ersatzwahl für auscheidende bzw. ausgeschiedene Vorstandsmitglieder.
4. Beschlußfassung über Anträge von Mitgliedern.
5. Verschiedenes.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung wird an § 22e der Satzungen erinnert, wonach Anträge, welche in der Mitgliederversammlung beraten werden sollen, mindestens 24 Stunden vor der angesetzten Eröffnungszeit an den Vorsitzenden des Kassenvorstandes zu richten sind.

Bethel, 16. November 1933. Der Kassenvorstand.

— **Sarepta-Schule.** Freitag 20 1/4 Uhr: Klassen-Elternabend für Quarta.

Achtung! Lutherkundgebung in Vielefeld!

Alle Vereine und Jugendgruppen und alle Männer und Schulen treten am Samstag 18.45 Uhr am Saronweg zwischen Amt und Handwerkerstraße an. Fackeln sind in Ophir zu haben. Um einen Straßenverkauf zu vermeiden, wird gebeten, die Fackeln vorher zu kaufen.

Jungblut, Pfr.

Christlicher Verein junger Mädchen.

Freitag abend, pünktlich 8 1/2 Uhr: Weltbund-Gebetsstunde. Lautenchor fällt aus.

— **Lutherrosen** sind in der Abfertigung Ophir zu haben. Stück 25 Pfennig.

Christlicher Verein junger Männer.

Unser Familienabend in Gosen müssen wir noch einmal verschieben, da wir am Sonntag an der Feier im Affapheum teilnehmen. — Zur Kundgebung auf dem Kesselbrink im Rahmen der Lutherfeier treten wir am Samstag 18.45 Uhr am Saronweg an, zwischen Amt und Handwerkerstraße.

— **Ueber die Feier des Lutherfestes** am kommenden Sonntag in der Bethelgemeinde wird folgendes bekannt gegeben:

Unser Posaunenchor leitet die Feier mit dem Blasen von den alten, bewährten Lutherliedern ein. In den Festgottesdiensten predigen um 1 1/2 Uhr Superintendent Simon, um 9 Uhr Pastor Frick und um 10 Uhr Pastor Schmidt. In allen drei Feiern wird die Gemeinde auf den Reformator hingewiesen, den sich Gott für das große Werk der Reformation ausersehen hatte.

Am Abend um 1/8 Uhr findet für Gesunde und Kranke eine Festversammlung im Affapheum statt. Die Feier, mit Liedern, Gesängen und Deklamationen ausgestattet, bringt zuletzt eine Ansprache von Pastor D. Merz über den Mann, der mit seinem ganzen Leben und Handeln unserem deutschen Volke soviel zu sagen hat.

Am Montag findet das Lutherfestspiel statt, und zwar am nachmittags um 1/4 Uhr für unsere Kranken und am Abend um 8 Uhr für alle Gesunden. Der Eintrittspreis am Nachmittag für die Kranken beträgt 15 Pf., am Abend für alle Gesunden 30 Pf., an der Abendkasse 40 Pf. Vorverkauf im Telefonamt und Ophir.

Zur Beachtung:

Unser Nachtschutz hat oft festgestellt, daß bei den Anstaltshäusern und Privatwohnungen Wäsche nachts draußen gelassen war. Solche Wäsche kann leicht gestohlen werden, und die Diebe werden verleitet, sie zu stehlen.

Auch werden an manchen Häusern nachts Fenster offen gelassen.

Es wird dringend gebeten, auf diese Dinge besser zu achten, damit die Anstalt und auch die Privatfamilien vor Diebstahlschäden bewahrt bleiben.

Der Anstaltsvorstand.

— Montag, 20. November, beginnt für Anstaltsangehörige der Weihnachtsverkauf in der Brockenfammlung.

Wenn du ein Sockakissen hast,

Zwar neu und schön, doch eine Last für dich, weil jährlich deine Tante dir so ein Sockakissen sandte. So nimm besagtes Sockakissen Nebst andern Dingen, die zu missen dir nicht Verlust und uns Gewinn, Und bring sie zum Missionshaus hin, Damit wir beim Missionsverkauf für Afrika sie legen auf!

Doch bringe sie noch im November, Weil der Verkauf Anfang Dezember!

Mit herzlichem Gruß W. Trittelvög.

— **Trauring** in der Nähe der Kunstgewerbehalle gefunden. Abzuholen im Dankort.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde.

Sonntag, den 19. November 1933. 23. S. n. Trin.

8 1/2 Uhr: Superintendent Simon. 9 Uhr: Pastor Frick. 10 Uhr: Lic. Schmidt. 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.

Montag 20 1/4 Uhr: Gosen, Gemeindebibelstunde. 9 Uhr: Buß- und Bettag: 8 1/2 Uhr: Pastor Jasper. 9 Uhr: Pastor Legtmeyer. 10 Uhr: Pastor Bischoff. 16 1/2 Uhr: Sarepta. Beichte und Abendmahl, Pastor Wilmanns.

Toten Sonntag 1933

Ein vierseitiges, mit Bildern geschmücktes Flugblatt, zum Trost und Nachdenken für den Totensonntag. Es möchte eine Handreichung sein für alle, die an diesem Tag an schwere und ernste Stunden erinnert werden.

Das Blatt ist zum Verteilen an die Besucher der Friedhöfe und Kirchen besonders geeignet und ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Vielefeld Postfachkonto Hannover 7382.

Jedes Stück kostet 2 Pfg. und Porto. Von 100 Stück ab portofrei. Von 500 Stück ab 25 % Rabatt. Von 1000 Stück ab 40 % Rabatt. Von 5000 Stück ab 50 % Rabatt. — Probenummern kostenlos.

Gesucht im Kreise Rotenburg ein Kleinfnecht

aus christlicher Familie. Gehalt nach Uebereinkunft. Familienanschluß erwünscht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. „Aufwärts“ unter A 3635.

Jung. Mädchen

vom Lande sucht sofort Stellung als Stütze auf größerem Hofe bei Familienanschluß und Gehalt. Zeugnisse vorhanden. Angebote unt. A 3636 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Reiner Lindenhonig

Neunfundbächse 11,80 RM unter Nachnahme.

Pastor Buchin, Neubrandenburg.

Stellengesuche und -Angebote

haben im „Aufwärts“, großen Erfolg!

Bettfedern

1 Bld. graue 0,50 Bld. halbe 1,20 Bld. weißer Kupf 1,50 Bld. schnee-weiße Spei. 2,25 Bld. 3.80 Bld. 2.70 Bld. feine halbdauere 4.50 Bld. graue Dauere 5.50 Bld. weiße Dauere 6.50 und 7.20 Bld. Oberbetten von 14.00 Bld. an. Kissen von 4.50 Bld. Unterbetten o. 5.50 Bld. an aufwärts. Von 20.00 an franco. Wichmann, Seidjurid. Rührer, Preisl. uml. Josef Christl Nadol, Cham 315 Bager, Otmart. — Schenken Sie uns Vertrauen, es lohnt sich.

Gesunde, zuverl., gern selbsttätige Hausgehilfin

in allen Zweigen der Haus- und Landwirtschaft erfahren (Kochen, Baden, Schlachten, Einmachen, Wästen), zum 1. 4. 34 gesucht. Lebensl., Zeugn.-Abschr., Lohnansprüche erb. unter A 3623 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Die Bade-Anstalt Bethel

geöffnet, außer Montags, täglich von 8—11 1/2, und von 2—5 1/2, Uhr, Freitag und Sonnabend durchgehend von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends,

empfehlen Bäder jeder Art

Fichten-, Sol-, Schwefel-, Moor-, Kohlensäure-, Sauerstoff-, Kamillen-, Thioal- und Wannenbäder.

Elektrische Ganz- und Teillichtbäder, Ganz- und Teil-dampfbäder. Russisch-Römische Bäder.

Fango-Packungen, Bestrahlungen, Massagen.

Für Hauskuren alle medizinischen Zusätze: Fichtennadel bester Qualität, für Solbäder 1a Salinensalz.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Vielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Vielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Vielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.